

POSITIONEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

Angesichts der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise, in der sich die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft aktuell befindet, bieten die anstehenden Neuwahlen des Deutschen Bundestags im Februar 2025 eine Chance, neue Impulse für Erholung und Wachstum zu setzen. Die nächste Bundesregierung muss stabile und attraktivere Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft durch eine intelligentere und verlässliche Förderung von Investitionen und vor allem einer De-Regulierung der unter Bürokratie leidenden Unternehmen schaffen. Es ist Zeit für eine wirtschaftsfördernde Klimapolitik.

Dabei ist der Klimaschutz ideologiefrei in künftiger Regulatorik und Förderung umzusetzen. Die Deutsche Holzindustrie spielt bei der industriellen Anpassung an den Klimawandel sowie dem Übergang zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft eine wesentliche Rolle. Unser Sektor zeichnet sich durch eine klimafreundliche, ressourceneffiziente und zirkuläre Wirtschaftsweise aus. Einen entscheidenden Vorteil kann die vorgefertigte Holzbauweise bei der Schaffung bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraums bieten.

Die Waldschäden der letzten Jahre zeigen, dass der Klimawandel den Wald über alle Baumarten hinweg unter Druck setzt. Sie machten auch deutlich, dass die Waldbesitzenden eine hohe Verantwortung und Last zu tragen hat. Deshalb gebührt ihnen weiterhin unsere auch eine finanzielle Unterstützung beim aktiven Umbau der Wälder hin zu klimaresilienten Misch-Wirtschaftswäldern. Gesetzesinitiativen wie die unter der Ampel geplante Novellierung des Bundeswaldgesetzes und eine unverändert umzusetzende Europäische Entwaldungsverordnung schwächen die nachhaltigen Wirtschaftsweisen und regionalen Wertschöpfungsketten. Die neue Bundesregierung sollte sich darauf konzentrieren, die deutsche Forst- und Holzwirtschaft bei der Transformation der Wälder und Wirtschaft bestmöglich zu unterstützen und Eigenmotivation zu fördern, statt Bürokratielasten zu verschärfen. Die aktuelle Berechnung und Kategorisierung des LULUCF-Sektors wird der umfassenden Klimaschutzleistung der Clusters Forst und Holz nicht gerecht. Um eine gesamtgesellschaftliche Transformation zu erreichen, muss die Kohlenstofffixierungs- und Substituierungsleistung von Holzprodukten angemessen berücksichtigt werden.

Als Partner von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft leisten die Unternehmen der deutschen Holzindustrie bei der Bewältigung der klimapolitischen Herausforderungen schon jetzt einen außerordentlichen Beitrag entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Diese Rolle möchten wir intensivieren und setzen dabei auf ein ausgewogenes Verhältnis von gesetzlichen Anforderungen und – wo nötig und sinnvoll – fiskalischen Anreizen.

KLIMAFREUNDLICHEN UND BEZAHLBAREN WOHNRAUM DURCH SERIELLEN HOLZFERTIGBAU ERMÖGLICHEN

Deutlich verschlechterte Finanzierungsbedingungen, eine chaotisch anmutende Förderpolitik und gestiegene Baukosten ließen die Zahl der genehmigten Wohnungen binnen zwei Jahren um 50 Prozent eingebrechen. Das 2021 ausgerufenen Ziel von 400.000 neugebauten Wohnungen pro Jahr wurde seitdem jedes Jahr weit verfehlt. Auch in 2024 ist nicht mit einem Erreichen zu rechnen. Insbesondere in den Großräumen der wachsenden Metropolen muss die Bautätigkeit deutlich erhöht werden.¹ Gleichzeitig bleibt der Bausektor weltweit einer der größten Emittenten von Treibhausgasen.

Die industrielle Vorfertigung mit Holz ermöglicht es, schnell, nachhaltig und mit hoher Qualität im Neubau als auch und bei der Sanierung des Gebäudebestands das Bauen zu dekarbonisieren. Studien zeigen, dass allein durch die Holzverwendung in der Konstruktion im Wohnungsneubau neun bis 56 Prozent CO₂ eingespart werden können.² Eine Verdoppelung der Holzbauquote, im Ein- und Zweifamilienhausbau auf über 50 und im Mehrfamilienhausbau auf 15 Prozent, brächte jährlich bis zu drei Millionen Tonnen Treibhausgaseinsparung. Das entspricht bis zu 47 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten in 15 Jahren. Zum Vergleich: Die vom Bundeswirtschaftsministerium mit 2,8 Milliarden Euro geförderten Klimaschutzverträge sollen in den nächsten 15 Jahren insgesamt nur 17 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente einsparen. Folgende Maßnahmen sollten daher in der neuen Legislatur ergriffen werden, um das Bauen mit Holz und die vorgefertigten Bauweisen zu stärken:

- „Konjunkturprogramm Bauen und Wohnen“, um für einen Bau- und Sanierungsaufschwung zu sorgen
- Ausschreibungsverfahren für vorgefertigte Bauweisen vereinfachen
- Bauplanungsrecht vereinfachen und Baulandverfügbarkeit erhöhen
- Attraktive Zinsangebote für den Bau klimafreundlicher und bezahlbarer Mietwohnungen
- Fortführung des Bundesprogramms Energieeffiziente Gebäude (BEG)
- Förderung der Wohneigentumsbildung mit Breitenwirkung, z.B. durch Direktzuschüsse oder eigenkapitalersetzende Darlehen bzw. Bürgschaften
- Landesbaurecht vereinheitlichen und die novellierte Muster-Holzbaurichtlinie sowie die Musterrichtlinie-Technischen Baubestimmungen zügig in allen Bundesländern einführen
- Bundesholzbauintiative fortführen und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten

¹ Deschermeier, Ph.; Henger, R.; Voigtländer, M. (2024): Mehr Wohnungsmangel durch steigende Bedarfe und sinkende Bautätigkeit. Aktuelle Ergebnisse des IW-Wohnungsbedarfsmodells, Institut der Deutschen Wirtschaft

² Hafner, A. et. Al: Treibhausgasbilanzierung von Holzgebäuden – Umsetzung neuer Anforderungen an Ökobilanzen und Ermittlung empirischer Substitutionsfaktoren, 2017

WIRTSCHAFTSFREUNDLICHE KLIMAPOLITIK

Die Verwendung von Holz kann zur Speicherung von Kohlenstoff und Einsparung von Emissionen beitragen: Während des Wachstums entzieht es der Atmosphäre klimaschädliches CO₂ und bindet den Kohlenstoff auch bei der Weiterverarbeitung zu Holzprodukten über seine gesamte Lebensdauer. Die Speicherleistung beträgt dabei eine Tonne Kohlenstoff pro Kubikmeter. Im Jahr 2017 waren in Deutschland mehr als drei Millionen Tonnen CO₂ in Holzprodukten gebunden.³

Keine neuen Belastungen für die Waldbewirtschaftung schaffen

Die nachhaltige Forstwirtschaft entwickelte den deutschen Wald wieder zur naturnächsten und biodiversesten Landnutzungsform in Deutschland. Ein flexibler, wirtschaftspolitischer Rahmen, in dem Waldbewirtschaftung freiheitlich, eigenverantwortlich und ohne bürokratische Zusatzbelastungen stattfinden kann, schafft die besten Voraussetzungen, klimaresiliente, ökologisch wertvolle und wirtschaftlich interessante Wälder aufzubauen. Sie ermöglicht dem Cluster Forst und Holz ihr Klimapotenzial optimal für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 einzusetzen. Die aktive Waldbewirtschaftung beschleunigt den klimaresilienten Waldumbau und sorgt für die regionale Versorgung mit dem Rohstoff Holz.

Rohstoffverfügbarkeit dauerhaft sichern

Die Nachfrage nach biobasierten und klimafreundlichen Rohstoffen wird weiter steigen. Daher sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Waldfläche in Deutschland weiter zu erhöhen und den bestehenden Wald in nachhaltiger Nutzung zu halten. Statt staatlich geförderter Flächenstilllegung wie durch das Förderprogramm „KlimaWildnis“ im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, ist eine Bundesinitiative zum aktiven Waldmanagement insbesondere im Klein- und Kleinstprivatwald erforderlich, um die Fläche an Risikobeständen abzubauen und den dadurch gewonnen Rohstoff kontrolliert in regionale Märkte zu bringen. Die Holzindustrie fordert damit den Stopp der staatlichen Förderungen, die den aktiven Waldumbau und damit die Anpassung an den Klimawandel verhindern.

Beim Umbau und der Verjüngung des Waldes sollte ein Nadelholzanteil von mindestens 50 Prozent gewährleistet sein. Zur besseren Bewältigung künftiger Klimawandelschäden im Wald ist die Einrichtung eines funktionierenden präventiv wirkenden Kalamitätsmanagement notwendig. Damit soll die Unterstützung der Waldbesitzer im Krisenfall und die optimale Verteilung und Nutzung künftig anfallender Kalamitätsholzmengen in Deutschland gewährleistet werden. Des Weiteren sollte

³ Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050, 2019

die Forschung für die stoffliche Laubholzverwendung und die Kreislaufwirtschaft von Holz verstärkt vorangetrieben werden.

Ökosystemdienstleistungen aktiv erbringen

Für eine finanzielle Honorierung von Ökosystemdienstleistungen ist das aktive Erbringen einer Dienstleistung obligat. Im Wald meint dies beispielsweise den aktiven Waldumbau, Waldhygiene oder die Pflege unserer Bestände. Aus klimatischer und gesellschaftlicher Sicht sollte das bloße Nichtstun nicht staatlich gefördert und unterstützt werden. Wir brauchen gesunde Wälder, die den klimafreundlichen Bau- und Rohstoff Holz liefern, um die Gesellschaft in allen Bereichen klimafreundlich zu transformieren.

LULUCF-Ziele im Klimaschutzgesetz korrigieren

Die Ergebnisse der Bundeswaldinventur IV zeigen, dass im deutschen Wald viele positive, ökologische Entwicklungen gab. Im Inventurzeitraum von 2013 bis 2022 war der deutsche Wald eine Kohlenstoffsénke. In den Jahren 2017 bis 2022 ist der Wald vor allem durch den Verlust an lebender Biomasse durch die Klimakrise zur Kohlenstoffquelle geworden. Durch das Anwachsen des Produktspeichers aus heimisch geerntetem Holz werden zusätzlich circa fünf Millionen Tonnen Kohlenstoff jedes zusätzlich aufgenommen, als am Ende des Lebenszyklus der Produkte in den verschiedenen Verwendungsbereichen (z. B. Gebäude, Möbel, Verpackungen) wieder in die Atmosphäre gelangt.⁴ Hinzu kommt die Substitution fossiler Rohstoffe und Energieträger durch den Einsatz von Holz.

Mit dem novellierten Klimaschutzgesetz von 2021 legte die Regierung fest, dass die Bereiche Landwirtschaft und Forstwirtschaft (der sogenannte LULUCF-Sektor) zusammen bis 2030 die immense Summe von 45 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten einsparen müssen. Zahlreiche Projekte der Politik – wie Teile des Programms „Klimaangepasstes Waldmanagement“ – haben daher zum Ziel, mit Nutzungseinschränkungen immer größere Waldflächen zu schaffen, die nicht bewirtschaftet werden dürfen, damit die Bäume dort als Kohlenstoffspeicher dienen. Die hohen Ausfälle der Dürrejahre seit 2017 zeigen auf, dass es ein Irrweg ist, die Senkenleistung des Waldes immer weiter erhöhen zu wollen, denn dies führt dazu, dass der Wald immer anfälliger für die Folgen des Klimawandels wird. Der Wald muss aus den verhängnisvollen Vorgaben des Klimaschutzgesetzes befreit und unerfüllbare Ansprüche an die Senkenleistung verworfen werden. Wir sollten stattdessen die Priorität dort setzen, wo Emissionen von vornherein vermieden oder eingespart werden können.

⁴ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL, 2024): Der Wald in Deutschland – Ausgewählte Ergebnisse der vierten Bundeswaldinventur www.bundeswaldinventur.de

Rechtlichen Rahmen für ein professionelles Kalamitätsmanagement schaffen

Maßnahmen zur Krisenprävention und Krisenmanagement sollten in geeigneter Weise gesetzlich verankert werden, da Maßnahmen im Krisenfall unverzüglich ergriffen und bundeslandübergreifend koordiniert werden müssen. Beispielsweise würde eine gesetzlich eingeschränkte Rohholzverfügbarkeit durch die begrenzten Logistikkapazitäten in vielen Gebieten zu deutlichen Versorgungsengpässen vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen mit einer regionalen Rohholzversorgung und ohne Gleis- oder Wasseranbindung führen. Daraus ergeben sich nicht nur negative Folgen für die betroffenen Unternehmen, sondern durch lange Transportwege und damit eingeschränkte Transport- und Logistikkapazitäten auch für die Verarbeitung der Hölzer und den Klimaschutz. Diese regionalen Verarbeitungsmöglichkeiten werden jedoch dringend bei dem Waldumbau und der Herstellung klimafreundlicher Produkte und Materialien benötigt. Die Weiterentwicklung des Forstschädenausgleichsgesetzes zu einem **Forstschädenpräventionsgesetz** könnte den dafür notwendigen, regulatorischen Rahmen setzen.

Dialogprozess der Charta für Holz 2.0 fortsetzen und Forschung stärken

Der im deutschen Klimaschutzplan 2050 verankerte Dialogprozess, Charta für Holz 2.0 zur Entwicklung von effektiven Maßnahmen zum Ausbau der Klimaschutzleistungen der Holzverwendung, muss fortgeführt werden. **Ein ressortübergreifender Aktionsplan und eine ausreichende finanzielle Mittelausstattung** sichert die konsequente Umsetzung der hier erarbeiteten Maßnahmenvorschläge. Begleitet werden sollte dies durch eine Stärkung der Forschungsförderung im Sektor Forst und Holz.

DEUTSCHLAND UND EUROPA ALS INDUSTRIESTANDORT WETTBEWERBSFÄHIG HALTEN

Bürokratie abbauen und Belastungsmoratorium einführen

Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene ist es der Politik nicht wie angekündigt gelungen, Bürokratie abzubauen. Im Gegenteil, mit dem nationalen Lieferkettengesetz, der Europäischen Lieferkettenrichtlinie, der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte, der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen, dem Entwurf für eine Richtlinie zu Umweltaussagen oder der EU-Verpackungsverordnung werden den Unternehmen zusätzliche Berichtspflichten und Beschränkungen auferlegt. Wir fordern von einer neuen Bundesregierung, den Bürokratieabbau zur Priorität zu erklären und sich auf nationaler und europäischer Ebene für ein Belastungsmoratorium einzusetzen.

Keine Eingriffe in die Tarifautonomie und die Mindestlohnkommission

Das Bundesarbeitsministerium veröffentlichte im Jahr 2024 den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie. Es ist zu befürchten, dass dieses Gesetz nicht zur bezweckten Erhöhung der Tarifbindung führt. Vielmehr wird der hohe bürokratische Aufwand und der Tarifzwang dazu führen, dass sich Unternehmen nicht mehr an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen und sich die Auswahl an potenziellen Auftragnehmern verringert. Im Ergebnis ist eher mit einer Einschränkung des Wettbewerbs und schlussendlich mit höheren Kosten für öffentliche Auftraggeber zu rechnen. Wir fordern von Parteien in einer neuen Bundesregierung, dass sie die grundgesetzlich verankerte Tarifautonomie der Sozialpartner respektiert und Eingriffe, wie mit dem Entwurf zum Tariftreuegesetz unterlässt. Dazu gehört auch, den Mindestlohn durch die gesetzlich vorgesehene Kommission bestimmen zu lassen und ein Eingreifen durch die Politik zu unterlassen. Die neue Bundesregierung muss die Kompetenzen der Vertreter der Mindestlohnkommission achten und außerordentliche gesetzliche Anhebungen des Mindestlohnes verhindern.

Wettbewerbsfähige Energiepreise durch Minderung staatlicher Lasten

Deutschland gehört europaweit zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen, die schon jetzt eine große Belastung für Unternehmen und damit für den Wirtschaftsstandort bedeuten. Staatliche Umlastungen auf den Strompreis müssen in Deutschland weiter gesenkt werden; so zum Beispiel durch eine **dauerhafte Senkung der Stromsteuer** auf das europarechtlich zulässige Minimum von 50 Cent je Megawattstunde für Unternehmen, sowie die Umsatzsteuer auf Strom auf den ermäßigten Satz zu reduzieren. Weiter eine **Kofinanzierung der Netzentgelte**, ein **neues Strommarktdesign** sowie eine **beschleunigte Planung und Genehmigung von Industrieanlagen**. Diese Sofortmaßnahmen können die Energiekosten senken und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie steigern.

Beschäftigung durch eine Sozialgarantie 2030

Steigende Sozialabgaben gefährden die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Sie hemmen Investitionen und sorgen durch hohe Personalzusatzkosten für weniger Beschäftigung. Ab 2025 geht die Generation der „Baby Boomer“ sukzessive in Rente und es wird zu einer noch gravierenderen Verschiebung der Belastungen hin zu den Beitragszahlern kommen. Die im Konjunkturpaket der Großen Koalition 2021 beschlossene „Sozialgarantie“ deckelte die Sozialabgaben auf 40 Prozent. Wir fordern eine Fortschreibung der **Sozialgarantie bis 2030** mit der Deckelung der Sozialabgaben auf 40 Prozent.

LÄNDLICHE REGIONEN WEITER ENTWICKELN

Die Wertschöpfungskette Holz bringt vor allem in ländlichen Gebieten Arbeitsplätze und Wachstum. Mit mehr als einer Millionen Beschäftigten, einem jährlichen Umsatz von mehr als 180 Mrd. Euro und mehr als 120.000 Unternehmen ist die Forst- und Holzwirtschaft einer der zentralen Wirtschaftszweige Deutschlands.⁵ Die Branche ist von der Forstwirtschaft über die Holzverarbeitung bis zu den Holzbaubetrieben und der Möbelindustrie überwiegend klein- und mittelständisch geprägt. Die Unternehmen sind vorwiegend in ländlichen Regionen angesiedelt.

Arbeitsplätze auf dem Land durch schnelles Breitbandnetz sichern

Die unternehmerische Praxis erfordert es, täglich große Datenmengen zu versenden, Fristen einzuhalten und sich auf ein stabiles und schnelles Netz für die Kommunikation mit Kunden sowie Kollegen

⁵ Thünen Institut: Clusterstatistik Forst und Holz 2017

verlassen zu können. Ein flächendeckender Breitbandausbau auch außerhalb der Ballungsgebiete muss sichergestellt werden, um die Standortattraktivität ländlicher Regionen aufzubauen sowie zu stärken, digitale Vertriebswege und Kommunikation für die Wirtschaft zu eröffnen und eine regionale Wertschöpfung zu schaffen.

Attraktive ländliche Regionen durch bedarfsgerechten Ausbau der sozialen Infrastruktur sowie der Schienen- und Straßennetze

Durch eine bedarfsgerechte Versorgung mit medizinischer Infrastruktur, einem belastbaren Straßen- und Schienennetz, kulturellen Einrichtungen und Bildungsangeboten gewinnen ländliche Regionen für Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber an Attraktivität.

Ausbildungsberufe Flexibilisieren und Imagebildung fördern

Berufsbilder entwickeln sich schnell – alte verschwinden, neue kommen hinzu. Entsprechend ist das Verfahren zu Änderung und Ergänzungen bestehender Ausbildungsberufe zu erleichtern, sodass Unternehmen schnell und flexibel reagieren und entsprechende Ausbildungsplätze bereitstellen können.